

Demokratie mit Herzleiden

Nachwehen der Corona-Großdemonstration: Wenn sich der Bundespräsident zum Parteipolitiker degradiert

Thorsten Hinz

Wieder hat der oberste Sachwalter im Schloß Bellevue es geschafft, sämtliche Negativ-Erwartungen zu übertreffen. Die Großdemonstration gegen die Covid-19-Maßnahmen, die heterogen, meinetwegen auch bunt und vielfältig war bis zur Selbstkarikatur, hat er als Werk politischer Geisterfahrer, von Verrückten, Chaoten und naiven Mitläufern verunglimpft: „Wer auf den Straßen den Schulteranschlag mit Rechtsextremisten sucht, aber auch wer nur gleichgültig neben Neonazis, Fremdenfeinden und Antisemiten herläuft, wer sich nicht eindeutig und aktiv abgrenzt, macht sich mit ihnen gemein.“ Er benutzte sogar das Wort „verabscheuungswürdig“, was soviel bedeutet wie: körperlichen Ekel auslösend. Er fokussierte dabei auf den sogenannten „Sturm auf den Reichstag“, bei dem unter anderem die Flagge des Kaiserreichs gezeigt wurde und wo – laut Steinmeier – „Demonstranten sich vor den Karren von Demokratiefeinden und politischen Hetzern spannen (ließen)“.

Niemand hat sich vor „einen Karren spannen lassen“. Nur haben die üblichen Verdächtigen die Gelegenheit genutzt, sich in Szene zu setzen und dem einstimmigen Medienchor den Anlaß für ihre längst vorformulierte Extremismus- und Nazi-Erzählung zu präsentieren. Weder regierungstreue noch -kritische Kundgebungen sind davor sicher, daß ein Narrensaum sich an ihre Rockschöße heftet. Auch hat es in früheren Jahren bereits ähnliche Aktionen auf den Stufen des Parlaments gegeben.

Um das zu wissen, braucht man sich nur ein bißchen zu informieren. Für den Bundespräsidenten, der laut Grundgesetz der Parteipolitik enthoben ist, besteht sogar eine ungeschriebene Informationspflicht, bevor er sich äußert. Denn nur so ist er imstande, die Partei- und Tagespolitik kompetent, das heißt von gleichsam höherer Warte zu kommentieren. Andernfalls muß er sich vorwerfen lassen, entweder unwissend daherzureden oder parteiisch, Andersdenkenden gegenüber feindselig eingestellt und auf dem linken Auge blind zu sein. Im übrigen: Ein „Sturm auf den Reichstag“, zu dessen Abwehr drei Polizisten – einer sogar unbehelmt – genügen, ist allenfalls eine Persiflage, und es wäre genau zu prüfen, was die Hintergründe der Inszenierung waren.

Steinmeier hat keine andere Sprache zur Verfügung als die Formeln, die von den Alt-Parteien, den Medien, von halbgaren Extremismus-Experten und der Antifa vorgestanzt werden. Mit dem Nazi- und Extremismus-Mantra wird der rationale politische Diskurs blockiert und der Widerspruch zur Regierungspolitik kriminalisiert. Statt zu versuchen, die Blockade aufzulösen, nutzt Steinmeier die präsidentiale Autorität, um die Ausgrenzung zur Freund-Feind-Markierung zuzuspitzen.

Damit verkehrt er die wichtigste Aufgabe des Staatsoberhauptes: Repräsentant des Staates und aller Staatsbürger zu sein, in ihr Gegenteil. Doch nur in dieser Eigenschaft – und nicht als Lautsprecher des politischen Lagers, das ihn erwählt hat – genießt er den Schutz des Paragraphen 90 StGB, der die Verunglimpfung des Bundespräsidenten unter Strafe stellt.

In Großbritannien äußert sich die Bedeutung des Staatsoberhauptes in den Begriffen „Her Majesty’s Government“ und „Her Majesty’s Most Loyal Opposition“. Die Opposition manifestierte sich vergangenes Wochenende in Berlin außerparlamentarisch. Wie denn sonst? Im Parlament gibt es keine Opposition, die durchgreifenden Widerspruch äußert, oder sie ist durch einen geschlossenen Parteien- und Medienblock kaltgestellt.

Es ist billig, mit dem Finger auf die nützlichen Idioten zu zeigen, die angeblich das „Herz unserer Demokratie“ bedrohen. Die -Zigtausenden Demonstranten protestierten ja gerade gegen den demokratischen Herzstillstand. Wann gab es im Bundestag kompetente, intellektuell und rhetorisch hochwertige Debatten über Auslandseinsätze der Bundeswehr, über die Konsequenzen der Einwanderung, der EZB-, Energie- und Klima-Politik, den Kompetenztransfer nach Brüssel oder über die Berechtigung der Corona-Maßnahmen? Statt der parlamentarischen Kontrolle der Merkel-Regierung erleben wir ihre Akklamation; weiterhin die Bemühungen der etablierten Parteien, ihre Pfründe gegen neue Konkurrenten zu behaupten sowie ihre egoistische Weigerung, die aufgeblähte Anzahl der Abgeordneten zu reduzieren. Mit gleichem Recht ließe der sogenannte „Reichstagssturm“ sich als das Rütteln an der Ignoranz einer sklerotischen Institution interpretieren.

Es ist weder eine Herabsetzung des Staatsamtes noch eine Beleidigung des Amtsinhabers, sondern die Bilanzierung eines staatspolitischen Defizits, wenn man feststellt, daß Frank-Walter Steinmeier im Schloß Bellevue seit seiner Wahl 2017 über das Format des beflissenen Aktenkofferträgers und Parteiapparatschiks nicht hinausgewachsen ist.

Auf der Treppe des Reichstags waren neben der kaiserlichen auch schwarz-rot-goldene, amerikanische, sogar türkische, im weiteren Umfeld israelische und Flaggen der Schwulenbewegung zu sehen. Und schließlich war das Kaiserreich so schlecht nicht: Es war rechtsstaatlich, wies in 14 Jahren vier Literaturnobelpreisträger auf, war in Wissenschaft und Technik weltweit führend, seine Universitäten wurden international bewundert, seine Sozialgesetze waren vorbildlich, und von seiner Alphabetisierungsquote kann die Bundesrepublik – die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches – nur träumen.

Frank-Walter Steinmeier überlegt gerade, ob er eine weitere Amtszeit anstreben soll. In realistischer Einschätzung seiner Möglichkeiten und Fähigkeiten müßte er auf eine erneute Kandidatur verzichten. Andererseits – warum sollte er? Er ist tatsächlich der

perfekte Repräsentant und Sachwalter des politischen und mentalen Zustandes dieses Landes.

Sie trommeln weiter

Deutsche Medien gegen Trump: In der Berichterstattung hat sich nichts geändert

Ronald Berthold

Wer missionarisch besessen ist, kann scheitern. Nicht jeder läßt sich bekehren. Weil aber Missionen sektiererische Züge tragen, bleibt deutschen Journalisten nichts anderes übrig, als schlechte Verlierer zu sein. Es widerspricht bis heute ihrer totalitären Haltung, daß die US-Amerikaner vor vier Jahren anders abgestimmt haben, als sie es mit dem Holzhammer empfohlen und prognostiziert haben.

Manche von ihnen verstiegen sich damals gar zu der – nur für die nicht zur medialen Blase Gehörenden – grotesken Aussage, „ganz Amerika“ sei geschockt darüber, daß Donald Trump gewonnen habe. Ganz Amerika besteht für eifrige Meinungsmacher aus Kollegen und anderen selbsternannten Eliten. Die einfachen Leute kommen darin nicht vor. Sie wurden vor- und nachher als „White Trash“ („weißer Dreck“) ignoriert.

Nun stehen die USA vor der nächsten Präsidentenwahl, und die deutschen Medien müssen nicht in den Wahlkampfmodus wechseln. Sie haben ihn nie verlassen. Unentwegt trommelten sie weiter gegen den verhaßten Präsidenten, verdrehten dessen Aussagen, rissen sie aus dem Zusammenhang und erstellten ein Zerrbild, das seine Wirkung nicht verfehlt. Die Mehrheit der Deutschen ist überzeugt, an der Spitze der Weltmacht steht ein geistesgestörter, rechtsextremer Narzißt. Der Haß aus deutschen Redaktionsstuben hat einen Schönheitsfehler: Deren Leser und Zuschauer sind in den Vereinigten Staaten nicht wahlberechtigt.

Das holzschnittartige, quasireligiöse Amerika-Bild funktioniert so: Barack Obama ist ein Heiliger, sein Nachfolger der Satan auf Erden. Dabei blenden die Autoren ihren sonst gern zur Schau gestellten Pazifismus aus. Kein US-Präsident nach 1945 ließ mehr Länder bombardieren als der zum Friedensengel stilisierte Nobelpreisträger. Umgekehrt zog niemand so viele Truppen aus dem Ausland ab wie Trump und begann keinen Krieg. Der Spiegel jedoch zeigte den heute 74jährigen auf seinem Titel zunächst als bedrohlichen Meteoriten, der die Erde zerstört, dann im Stil eines IS-Schlächters, der den abgeschlagenen Kopf der Freiheitsstatue und ein blutiges Messer in den Händen hält, zuletzt als Brandstifter, der das Land in Flammen setzt.

Wie weit die Obsession geht, beweist auch die Welt. Der Vorschlag, das Malariamittel Remdesivir gegen Covid-19 einzusetzen, kam als erstes öffentlich vom US-Präsidenten. Das Springer-Blatt konstruierte daraufhin, dies habe „Menschenleben

gekostet“. Die Wahrheit, die die Zeitung wegließ: Zwei Amerikaner hatten ein scharfes Reinigungsmittel getrunken, weil es dieselben Wirkstoffe enthielt. Inzwischen setzen Ärzte Remdesivir weltweit bei Corona-Patienten ein. Insofern hat sich das Versprechen von Springer-Vorstand Mathias Döpfner nach Trumps Wahl nicht nur mit diesem Fake als Realsatire herausgestellt. Selbstkritisch schrieb er damals: „Im Kampf für die gute Sache blieb die Fairneß auf der Strecke.“

Und der gehypte Autor Hajo Schumacher gab zu: „Ich habe als Journalist meine Aufgabe nicht erfüllt.“ Die Trump-Wähler könnten nicht alle Idioten sein: „Anstatt hinzugucken, zu fragen, was wissen zu wollen, habe ich genau das gemacht, was ich diesen Menschen vorgeworfen habe: Stereotype, Vorurteile, fertige Meinungen, Hirn ausschalten.“ Besser könnte auch an dieser Stelle die Hetze der Medien gegen das Staatsoberhaupt des wichtigsten deutschen Verbündeten nicht beschrieben werden. Nur: Geändert hat sich nichts. Die gutbezahlten Trump-Hasser bei ARD, ZDF und den „Leitmedien“ brauchen indes eine unerhörte Flexibilität. Der Protest der deutschen Linken gegen TTIP erhielt den Glorienschein. Als Trump nach seiner Wahl das Freihandelsabkommen aufkündigte, galt das plötzlich als schwerer Fehler. Wer früher „Ami, go home“ brüllte, verurteilt nun den Abzug der GIs aus Deutschland. Merke: Es geht nie um die Sache, sondern darum, wer sie vertritt.

Kürzlich forderte der sich für seriös haltende Tagesspiegel zum Online-Voting auf: „Wer ist gefährlicher: Trump oder Putin?“ In einer einzigen Frage fügte die Zeitung hier die Kernstücke des deutschen Journalismus zusammen: Propaganda und Panikmache. Als der US-Präsident die Vorwürfe gegen Rußland im Fall des vergifteten Nawalny mit den Worten kommentierte: „Wir haben noch keine Beweise“, erntete er im harmlosesten Fall Häme, im normalen eine scharfe Attacke. Bei wem liegt da die fehlende Besonnenheit, die Journalisten Trump so gern vorhalten?

Das hat Methode. Egal, was Trump tut und sagt: Alles ist falsch. Für Empörung sorgte sein als „Provokation“ kommentierter Besuch im von Antifaschisten verwüsteten Kenosha. Man muß kein Prophet sein, um zu wissen, es hätte umgekehrt heißen: Trump weigert sich, in den Bürgerkriegsherd zu reisen. Nebenbei: Daß die Medien ihn auch für die verheerenden Ausschreitungen der „Black Lives Matter“-Bewegung verantwortlich machen, fällt ins verdrehte Schwarz-Weiß-Schema, das weder Grautöne noch Kritik an Trump-Gegnern zuläßt.

Den Gipfel bildet die Verherrlichung des offenbar senilen Gegenkandidaten. Joe Biden, der kaum einen Satz zu Ende bringen kann, wird als Versöhner des gespaltenen Landes gepriesen. Zwischen den Zeilen heißt das: Der 77jährige versöhnt genauso wie die Medien, indem er den „weißen Dreck“ diffamiert. Sollten sich die Amis aber erneut dem Befehl des publizistischen deutschen Oberkommandos verweigern, wird uns die Mission der Anti-Trump-Sekte noch eine Legislatur begleiten.

Die Steine fliegen weiter

Linksextremismus: In Leipzig kommt es erneut zu tagelangen Ausschreitungen
Paul Leonhard

Die Räumung eines besetzten Hauses in Leipzig hat erneut für Straßenschlachten mit der Polizei gesorgt. Drei Tage herrschte Ausnahmezustand in Teilen der Messestadt. Es wurden Barrikaden errichtet, Mülltonnen angezündet. Es flogen Steine und Pyrotechnik. Der Pilot eines Polizeihubschraubers durch Laser geblendet. Acht Beamte wurden laut Polizeiangaben verletzt. Eine Randalie mit Ansage: Die dreitägige, direkt von der Antifa organisierte Veranstaltung „Soziale Kampfbaustelle“ am Wochenende in Connewitz war schon länger angekündigt. Auch für die vom Bündnis „Fight for your Future LE“ (Kämpfe für deine Zukunft) vorbereitete Demonstration „Kämpfe verbinden – Für eine solidarische Nachbar*innenschaft“ wurde schon Tage vor der Räumung des Hauses in der Ludwigstraße mobilisiert.

Auf der Internetseite des Bündnisses hieß es noch am Sonnabend, also nachdem es in der Messestadt bereits zwei Krawallnächte gegeben hatte: „Wenn also Baustellen angegriffen werden, neue Häuser mit Farbe beschmiert, dann sehen wir darin nicht das Werk von gelangweilten Chaot*innen, sondern ein letztes verzweifertes Aufbäumen all derjenigen, die sich nicht kampfflos aus ihrem Kiez verdrängen lassen wollen.“

Tatsächlich sympathisieren große Teile der Connewitzer mit der Protestbewegung gegen die Immobilienspekulation und soziale Verdrängung, allerdings nur solange diese friedlich bleibt. Nach heftigen Ausschreitungen mit verletzten Polizisten Ende Oktober und in der Neujahrsnacht kippt die Stimmung derzeit. Anwohner wollen nicht länger hinnehmen, daß in Teilen der Stadt Linksextremisten die Herrschaft an sich reißen und politisch durchsetzen wollen, daß „polizeifreie Zonen“ entstehen. Die Gewaltorgien der Antifa finden keine Akzeptanz mehr. Das hat selbst die Linkenpolitikerin Jule „Bambule“ Nagel begriffen. Sie beklagte sich auf Twitter darüber, daß die Straßenschlachten mehr gewaltbereite Extremisten anlocken als die Basisarbeit: „Wenn es um konkrete Entmietungen, politisches Ringen um regulierende Instrumente oder politische Aktionen geht, sind leider die meisten, die zum punktuellen Spektakel kommen, um ihren Gewaltfetisch auszuleben, nicht da.“

Zwar verteidigt die Landtagsabgeordnete weiterhin Hausbesetzungen in Leipzig als „soziale Praxis“, bei der es „um bezahlbare Mieten, Freiräume & Widerstand gegen spekulativen Leerstand“ geht, und fordert deren Entkriminalisierung. Es gebe schließlich „viele Gründe, auf die Straße zu gehen, sich solidarisch mit emanzipatorischen Bewegungen und Kämpfen zu erklären, Neues wie Bewährtes zu probieren und sich dabei nicht einschüchtern zu lassen“. Der Polizei wirft sie bei dieser Gelegenheit vor, „mit einem Einsatzfahrzeug in eine Gruppe Menschen“ gefahren zu sein.

Polizeipräsident fordert Konsens gegen Gewalt

Während Sachsens Innenminister Roland Wöllner (CDU) – wie nach jedem Bericht über Ausschreitungen in Connewitz – die gezielten Angriffe auf Polizeibeamte als „nicht hinnehmbar“ und „unerträglich“ bezeichnet und härtere Strafen für Angriffe auf die Polizei forderte, benannte Leipzigs neuer Polizeipräsident Torsten Schultze ein grundsätzlicheres Problem: Die von linken Parteien bestimmte Stadtpolitik lasse die Antifa schalten und walten.

Ohne Rückendeckung durch die Politik und die Stadtgesellschaft könne die Polizei, allein auf sich gestellt, die Probleme an den sozialen Brennpunkten der Stadt nicht lösen. Schultze forderte einen Grundkonsens in der Stadt, der künftig Gewalt ausschließt. Damit greift er ein zentrales Thema des Oberbürgermeisterwahlkampfes von Anfang des Jahres wieder auf, bei dem sowohl das langjährige Stadtoberhaupt Burkhard Jung (SPD) als auch sein letztlich unterlegener Herausforderer, Staatsminister Sebastian Gemkow (CDU), für ein stärkeres Engagement der Leipziger Zivilgesellschaft plädiert hatten. Die müsse deutlich signalisieren, daß sie weder die Gewaltorgien der Antifa akzeptiert, noch von Linksextremisten selbst regierte Kieze, in denen allein schon Streifengänge der Polizei als Provokation gewertet werden.

Längst ist Leipzig, wie es Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) als Reaktion auf die jüngsten Ausschreitungen sagte, zu einem „Versammlungsort von Linksextremisten aus ganz Deutschland“ geworden. Die Zahl der registrierten linksmotivierten Straftaten stieg in der Stadt 2019 gegenüber dem Vorjahr um 135 auf 357. Bei den an den Krawallen Beteiligten handele es sich um „üble Gewalttäter, die sich hinter politischen Forderungen verstecken“, denen es aber nur darum ginge, „zu zerstören und anzugreifen“, sagte Kretschmer. Er hoffe auf eine schnelle Verurteilung der Täter. Die Polizei hat im Zuge der Ermittlungen Wurfgeschosse eingesammelt, um sie auf verwertbare DNA-Spuren zu untersuchen.

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel, selbst Polizist, bezeichnet Wöllners Ruf nach Strafverschärfung und Kretschmers Forderung eines Schulterschlusses von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gegen den zunehmenden Linksextremismus als „Populismus im schlechtesten Sinne“.

Es komme nicht auf neue Paragraphen an, sondern darauf, die bestehenden endlich umzusetzen. Die Polizei müsse Rädelsführer festsetzen und extremistische Strukturen nachhaltig zerschlagen. Auch dürfe die linke Szene nicht länger in den Genuß staatlicher Fördergelder kommen. Verstöße gegen die Maskenpflicht wurden bei den Connewitzer Ausschreitungen übrigens nicht registriert. Daß man sich vor Krawallen verummmt, gehört zum Einmaleins der Straßenguerillas.

„Ein gespaltenes Land ist nicht dramatisch“

**Eine Reportage von der „5. Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“
in Erfurt**

Harald Melzer

Die Tische im Saal und auf den Emporen des ehrwürdigen Kaisersaals zu Erfurt sind bis auf den letzten möglichen Platz gefüllt. Freundliche junge Damen und junge Männer in Anzügen haben zuvor die Anmeldungslisten abgeglichen und Namensschilder an schwarz-rot-goldenen Bändern verteilt. Ordner achten darauf, daß jeder Teilnehmer Mund-Nasen-Maske trägt. Die 300 Teilnehmer sind aus ganz Deutschland gekommen; über 400 weiteren Interessenten, die sich vor Corona zur „5. Vollversammlung der wahren Schwarm-intelligenz“ angemeldet hatten, mußte der Medienunternehmer und Publizist Klaus Kelle mit seinem Team absagen.

Kritiker von rechts werfen Kelle und seinen Unterstützern vor, sie wollten lediglich die CDU der 1980er Jahre wiederbeleben, während linke Blogger diese Mischung aus Konservativen und Libertären als rechtsradikal denunzieren. Ein linkskirchliches Magazin will recherchiert haben, daß auf der Teilnehmerliste mindestens 16 AfD-Mitglieder stehen, außerdem sollen Mitglieder von FDP und CDU vertreten sein.

Die bürgerlichen Oppositionellen treffen sich, um Vorträge zu hören, sich auszutauschen und zu diskutieren. Klaus Kelle gelingt es, namhafte Referenten des konservativen Milieus zu gewinnen. Sprachen im vergangenen Jahr die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und der Historiker Hubertus Knabe, hatten sich dieses Jahr Degussa-Chef und Bestsellerautor Markus Krall sowie Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen angesagt. Kelle sagte in seiner Begrüßung Versuchen den Kampf an, den Diskurs in Deutschland weiter einzuschränken: „Wir kämpfen für die Freiheit zu reden, zu denken und zu schreiben, was man will. Wir Bürgerlich-Konservativen stehen für Toleranz, aber auch für das Leistungsprinzip. Die 68er sind gescheitert.“

Eröffnet wird die Tagung von dem Chef des Meinungsforschungsinstituts Insa, Hermann Binkert, der scharf kritisierte, wenn sich Politiker ihren Kurs nach Umfragen ausrichten: „Wer nur mit Stimmung geht, gibt seinen Anspruch auf, Orientierung zu geben.“ Das Konzept der von der CDU unter Merkel praktizierten „asymmetrischen Demobilisierung“ sei eine Beschädigung der Demokratie. Unter diesem Begriff verfolgt die Union eine Wahlkampfstrategie, die darauf abzielt, durch das Vermeiden von kontroversen Stellungnahmen, Wähler des politischen Gegners zu demotivieren, zur Wahl zu gehen. Dabei werde eine sinkende Wahlbeteiligung in Kauf genommen, solange man Mehrheiten bekomme. Binkert kritisierte das ständige Gerede von der „Spaltung der Gesellschaft“: „Ein gespaltenes Land ist nicht dramatisch, dramatisch wird es, wenn es nicht mehr den Wettstreit der Meinungen gibt.“

Mit dem Wittenberger Pastor Alexander Garth widmete sich die Tagung der Glaubenskrise der Kirchen. Der Autor des Buches „Warum ich kein Atheist bin“ forderte

eine Neu-Evangelisierung der Gesellschaft. Der Gründer mehrerer neuer Gemeinden rechnete mit der praktizierten Lehre des Theologiestudiums ab: „Die Kirchen haben Jesus zum Morallehrer gemacht und damit den Glauben zerstört.“

Keine kulturelle Hegemonie ohne Auseinandersetzung

Eine besonders lebhaft Diskussions löste der Mainzer Historiker Andreas Rödder mit seinem Vortrag „Konservativ sein in der modernen Gesellschaft“ aus. Erntet er bei der Forderung noch freundlichen Applaus, dem „linken Konzept des Gender Mainstreaming“ ein „Family Mainstreaming“ entgegenzusetzen, um die Benachteiligung von Familien zu ändern“, so gellen kurz darauf Pfui-Rufe durch den Saal und Rufe „Merkel ist schuld!“ Auslöser ist seine Aussage, Deutschland sei heute ein Einwanderungsland. Die Zwischenrufer machen die Bundeskanzlerin für die unkontrollierte Massenmigration verantwortlich, worauf Rödder entgegnet, daß es schon seit den sechziger und siebziger Jahren Einwanderung nach Deutschland gegeben habe.

Da Rödder die These vertritt, „der Konservative verteidigt heute das, was er früher bekämpft hat“, stellt ihm ein Diskutant die Frage, ob die Union damit darauf verzichte, überhaupt noch den Kulturkampf mit der Linken aufzunehmen. Rödder bestreitet, ein Apologet des Konzeptes der „asymmetrischen Demobilisierung“ zu sein. Kulturelle Hegemonie sei nicht ohne Auseinandersetzungen zu haben.

Der US-Diplomat Todd Huizinga wird für seinen Vortrag über Skype in den Saal geschaltet. Der Präsident der Denkfabrik „Zentrum für transatlantische Erneuerung“ gab eine Einschätzung des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes und über die von Corona und den „Black Lives Matter“-Unruhen geprägte Lage des Landes. In den USA herrsche ein Kulturkampf, so Huizinga. Die „konservative Hälfte der US-Bevölkerung“ stünde der anderen Hälfte gegenüber, deren Vertreter „den christlichen Glauben, den traditionellen Sexualitäts- und Familienbegriff, die Rede- und Meinungsfreiheit, kurz das ganze abendländische Kulturerbe in Frage stellen“. Er sieht durch die „postmoderne Linke“ die Meinungsfreiheit bedroht; als „Political Correctnes“-Aktivisten gewandete Kulturmarxisten strebten eine totalitäre Diktatur an. Als Beispiel führte er den erzwungenen Rücktritt des Redaktionsleiters der New York Times an. Dieser mußte sein Amt niederlegen, nachdem er den Kommentar eines konservativen Senators veröffentlicht hatte.

Als neue Form der Zensur identifizierte Huizinga Maßnahmen sozialer Medien wie Facebook oder Twitter: „Das Problem ist, daß die Besitzer und Betreiber links sind und die meisten Beschäftigten links sind. Sie sehen die Welt durch eine linke Brille, die geprägt ist von einer postmodernen realitätsfremden Weltsicht.“

Entlassen werden die Hörer vor dem Abendessen durch Markus Krall mit einer Rede über „Freiheit oder Untergang“. Der zunehmende Verlust der Freiheit sei eine Folge der vergangenen Jahrzehnte, so der Degussa-Chef, Bankanalyst und Autor des

Buches „Die bürgerliche Revolution“. Die Preisgabe der Freiheit sei nicht allein einem Sicherheitsbedürfnis geschuldet, sondern einer sozialistischen Geisteshaltung, die die Menschen aus der Freiheit und Verantwortung entließe. Der bekennende Katholik führte aus, wie die sieben Todsünden Wollust, Neid, Gier, Völlerei, Trägheit, Zorn und Hochmut sich in der Gesellschaft ausgebreitet hätten und die Freiheit bedrohten. Sein Lösungsansatz: „Das Wertegerüst der freien Gesellschaft. Die fünf Säulen dieser Freiheit sind Individualität, Eigentum, Familie, Religion und Kultur. Die Bürger wollen die Freiheit, nicht den Untergang.“

Christliche Rapper und eine rebellische Landwirtin

Aufgelockert wurden die Vorträge durch Kurzinterviews mit der Landwirtin Maike Schulze-Broers und den christlichen Rappern „O’Bros“. Schulze-Broers erklärte die Notwendigkeit ihrer Initiative „Land schafft Verbindung“, die saturierten Bauernverbänden den Schneid abkauft, und warum weitere Proteste nötig seien. Den beiden jungen Musikern gelang es mit ihrem christlichen Hip-Hop, das zunächst skeptische Publikum mit ihrer positiven Botschaft a cappella vom Stuhl zu reißen.

Beim festlichen Abendessen beeindruckte die 22jährige Berliner Medizinstudentin Larissa Fußer mit einer frei gehaltenen Rede. Die Jugendbeauftragte der Hayek-Gesellschaft und Autorin der Blogs „Achse des Guten“ und „Tichys Einblick“ erläuterte, wie sie zu ihrer Kultur, „ihrer deutschen Leitkultur“ gefunden habe, und warum sie die Freiheit und den Rechtsstaat verteidige: „Für mich gibt es keine Heimat außer Deutschland. Mein Heimatgefühl hängt damit zusammen, daß ich auf dem Flecken lebe, wo sich die Geschichte, die mein Land zu dem gemacht hat, was es heute ist, abgespielt hat.“

Der Kongreß fand am Sonntag mit einer großen Podiumsrunde zum Thema „30 Jahre deutsche Einheit“ ein Ende. Nach einleitenden Worten von Klaus Kelle, JF-Chefredakteur Dieter Stein und Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen zeichneten die ehemalige Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, die stellvertretende Bundesvorsitzende der Werte-Union, Simone Baum, sowie der Präsident des Eike-Instituts, Holger Thuß, noch einmal die Situation nach, die zur Wiedervereinigung führte.

Hans-Georg Maaßen erinnerte an die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der Phase der friedlichen Revolution. Der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung, Mischa Wolf, habe sein Agentennetz vermutlich bereits 1988 an den KGB überführt. Ebenso schilderte er, wie Geheimdienste totalitärer Staaten sogenannte „Honeypots“ (Honigtöpfe) konstruieren, indem Agenten sich in der Opposition engagieren um Oppositionelle anzulocken und diese entweder zu neutralisieren oder Einfluß zu nehmen.

Mit diesen Ausführungen gewannen die Erinnerungen von Vera Lengsfeld an die frühen Führer der Opposition in der DDR wie Lothar de Maizière (CDU), Ibrahim

Böhme (erst SDP/später SPD), aber auch Wolfgang Schnur (Demokratischer Aufbruch) eine besondere Bedeutung. Alle Genannten wurden später als Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt.

Das MfS habe bereits in den fünfziger Jahren damit begonnen, westdeutsche Hochschulen zu unterwandern und kommunistische Gruppen zu finanzieren. So wirke die Arbeit des MfS bis heute fort. In der Diskussion wurde die Frage erörtert, warum insbesondere die CDU nicht offensiv die Vernetzung zwischen SPD, Grünen, Linken und Linksextremen aufkläre, während die SPD seit Jahrzehnten beispielsweise mit einem „Blick nach rechts“ die Union und ihr Umfeld durchleuchte. Vera Lengsfeld dazu: „Die CDU ist schlicht nicht mehr willens. Sie scheut die Auseinandersetzung.“ Hans-Georg Maaßen ergänzt: „Wir Konservativen spielen Fußball, die Linke spielt American Football. Für die gelten ganz andere Spielregeln.“

Holger Thuß indes sieht mittlerweile im wiedervereinigten Deutschland Ähnlichkeiten zum totalitären System der DDR. Damals wie heute habe der Bürger die „Schnauze zu halten und die Hacke zu schwingen“, so der gebürtige Ostthüringer.

Weitere Informationen zur „Schwarmintelligenz“ bei Klaus Kelle per Mail.

kelle@denken-erwuenscht.com